

ERWACHSENENBILDUNG IST MEHR WERT

KEBÖ-Jahrestagung 2001

▼ Am 3. Mai 2001 begann die KEBÖ-Jahrestagung „Erwachsenenbildung ist MEHR WERT“ mit einer äußerst prominent besetzten Pressekonferenz im Octogon der Creditanstalt Wien.

Auf dem Podium sprachen: Landtagsabgeordneter Dr. *Michael Ludwig* (Verband Österreichischer Volkshochschulen), ÖGB-Präsident *Fritz Verzetnitsch* (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung), Landeshauptmann-Stellvertreterin *Liese Prokop* (Ring Österreichischer Bildungswerke), Weihbischof DDr. *Helmut Krätzl* (Forum Katholischer Erwachsenenbildung), Dr. *Michael P. Walter* (Wirtschaftsförderungsinstitut).

Die trotz bester Vorbereitung spärliche Medienresonanz kann als symptomatisch für ein fehlendes Interesse an der Erwachsenenbildung (EB) und als Verlust jeglicher essenzieller Bildungspolitik gedeutet werden. In der APA-

Meldung wurde hervorgehoben, dass die Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs ein „klares Bekenntnis der Regierung zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens“ fordert.

Liese Prokop, die Präsidentin des Rings Österreichischer Bildungswerke, jenem Dachverband, der derzeit den Vorsitz in der KEBÖ inne hat, betonte die europaweite Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens. Jeder Mensch müsse eine „zweite Bildungschance“ haben. Die öffentliche Hand dürfe sich dieser Aufgabe nicht entziehen und für den benötigten Mehraufwand von 1,5 bis 2 Milliarden Schilling mit aufkommen. Die Erwachsenenbildung sei im Vergleich zu allen anderen Bildungseinrichtungen jener Bildungssektor, in dem die Teilnehmer/innen den höchsten finanziellen Beitrag leisten. Derzeit stehe jedoch die EB vor „Sein und Nicht-Sein“, bei Mittelkürzungen drohe „Dilettantismus“. Schließlich sei

Richteten Wünsche zur verstärkten Förderung der EB an die Bundesregierung: Michael Ludwig, Helmut Krätzl, Liese Prokop und Fritz Verzetnitsch.



auch für Österreich lebensbegleitendes Lernen und Bildung „mehr Wert“.

Bildung im Mittelpunkt der Zukunft

Auf der anschließenden KEBÖ-Jahrestagung konnte *Angela Bergauer*, die derzeitige Vorsitzende der KEBÖ (für dieses und das nächste Jahr), mehr als hundert Vertreter/innen der Erwachsenenbildung begrüßen.

Nach der Eingangsrede von LH-Stv. *Liese Prokop* sprach Sektionschef Dr. *Heinz Gruber*. Er positionierte Bildung generell im „Mittelpunkt der Zukunft“.

Gruber berichtete von den neuesten Entwicklungen in der Gesellschaft und im „Bildungsministerium“, von Offensiven in Schulen, vom Anspruch, alle mögen „e-fit“ werden, von forcierter Bildungsberatung, von der „Ausgliederung“ des Bundesinstituts für Erwachsenenbildung und von Weiterbildung als selbstverständlichem Instrument jeder einzelnen Person zum Erhalt des Arbeitsplatzes.

Die Auswirkungen des Sparpakets, die Überantwortung wichtiger Funktionen für das Gedeihen einer Gesellschaft an die Einzelnen und die Marginalisierung von Erwachsenenbildung trotz der Feststellung von einer „Bildung im Mittelpunkt der Zukunft“ waren leider nicht zu überhören.

Zukunftskompetenzen

Auch Prof. Dr. *Rolf Arnold*, dessen Ausführungen den inhaltlichen Mittelpunkt der Veranstaltung bildeten, hob hervor, dass sich Weiterbildung zu einem wesentlichen Entwicklungselement sowohl des gesellschaftlichen Wandels als auch der individuellen Identitäts- und Biografiearbeit entwickelt hat. Eine Reflexivität der Moderne hält er für unabdingbar.

Der Professor für Berufs- und Erwachsenenbil-

dungspädagogik Kaiserslautern ging in seinem Referat vor allem auf jene Kompetenzen ein, die für eine zukunftsorientierte Gestaltung der gewandelten Anforderungen benötigt werden, und auf neue Lernkulturen, die sich in Richtung selbstgesteuerten Lernens wandeln.

Er fordert von Erwachsenenbildner/innen vor allem reflexives Wissen, das sich auf Fakten, Verfahrensweisen und Informationsbeschaffung, auf Begründung und Folgenabschätzung von Konzepten und auf die eigene Person und ihre Interaktion bezieht. (Ein Beitrag von Arnold zu diesem Themenkomplex wird in einer der nächsten Ausgaben der ÖVH erscheinen.)

EU-Memorandum

Im weiteren Verlauf der KEBÖ-Jahrestagung ging es um das EU-Memorandum über Lebenslanges Lernen und den österreichischen Konsultationsprozess. Die österreichische Regierung ist – wie alle anderen der EU-Länder – aufgerufen, im Juni einen Länderbericht zum EU-Memorandum über lebenslanges Lernen abzugeben.

Für BM *Elisabeth Gehrler* soll dieses Memorandum „ein Ansatzpunkt sein, einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess und bürgernahen Konsultationsprozess abzuwickeln, um weitere Entwicklungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten“. Im Workshop zu den zentralen Themenblöcken im Memorandum werden Fachleute ihre Stellungnahmen gemeinsam erarbeiten. Die Stellungnahme der KEBÖ ist – wie andere Stellungnahmen – auf der Homepage www.lebenslangeslernen.at nachzulesen.

KEBÖ-Forderungskatalog

Abschließend verabschiedeten die Vertreter/innen der österreichischen Erwachsenenbildung den auf der nächsten Seite abgedruckten Forderungskatalog der KEBÖ. ▼

Erwachsenenbildung ist MEHR WERT

Im Regierungsprogramm wurde Lebensbegleitendes Lernen zu einem zentralen Schwerpunkt der Bildungspolitik erklärt.

Die Wichtigkeit der Erstellung von konkreten politischen Konzepten zum notwendigen Ausbau des Weiterbildungssystems wird untermauert durch

- die Ergebnisse einer Studie der OECD, wonach Österreich jährlich 15 Milliarden Schilling investieren müsste, um ein optimales Weiterbildungssystem zu gestalten
- den Bericht des Rechnungshofes, der die geringen Ausgaben der öffentlichen Hand für die Erwachsenenbildung kritisiert hat.

Die KEBÖ fordert daher ein klares Bekenntnis des Bundes, die Verantwortung für die Erwachsenenbildung nicht abschieben zu wollen, sondern als einen wesentlichen Bestandteil des österreichischen Bildungssystems wahrzunehmen und an dessen Weiterentwicklung konstruktiv mitzuwirken. Dies muss seinen Ausdruck auch in einer essenziellen Anhebung der Fördermittel des Bundes für die Erwachsenenbildung finden. Nur durch eine ausreichende Strukturförderung kann das regionale Netz der österreichischen Erwachsenenbildung abgesichert und weiterentwickelt werden, mit dem Ziel, ein flächendeckendes und kostengünstiges Angebot aufrecht zu erhalten.

Die KEBÖ hat das nachfolgende Programm ausgearbeitet, wie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts durch Investitionen in die Weiterbildung aller BürgerInnen bewältigt werden können. Die Verwirklichung dieses Programms würde in einer ersten Phase für die Budgets von Bund und Ländern gemeinsam einen Mehraufwand von ca. 1,5 bis 2 Milliarden Schilling jährlich bedeuten.

Wir fordern:

Jede/r bekommt eine zweite Bildungschance

Einrichtung eines gebührenfreien Kollegs für Berufstätige, um die Bildungschancen benachteiligter Gruppen zu erhöhen. Dieses Kolleg soll als Kooperation des öffentlichen Schulwesens mit der gemeinnützigen Erwachsenenbildung vielfältige Bildungsangebote in modularer Form wie z. B. alle Maturaformen inklusive der Berufsreifeprüfung, aber auch den Hauptschulabschluss beinhalten.

Fairer Zugang zur Weiterbildung

Die größten Hürden für eine ausgewogene Beteiligung an Weiterbildung sind zeitliche, finanzielle und regionale.

Jede/r hat ein Anrecht auf Weiterbildungszeit

Die zeitliche Konkurrenz für Weiterbildung durch andere Verpflichtungen ist durch Ausweitung der optionalen Lernzeiten zu überwinden. Hier sind Betriebe, Sozialpartner und Gesetzgeber gleichermaßen gefordert, verbesserte Bedingungen in Bezug auf Arbeitszeiten, Lernzeiten und bei der Bildungskarenz zu schaffen.

Schaffung einer österreichweit einheitlichen Individualförderung

Die verschiedenen Modelle von „Bildungskonten“ bzw. „Arbeitnehmerförderung“ sind derzeit regional völlig unterschiedlich gestaltet. Zur Überwindung von finanziellen Barrieren in der Weiterbildung hat sich das – kompensatorisch gestaltete – oberösterreichische Bildungskonto gut bewährt. Der Bund ist aufgerufen, durch eine mit den Län-

dern abgestimmte Förderpolitik eine an dieses Modell angelehnte österreichweite Regelung zu finden.

Ausbau regionaler Bildungszentren für Erwachsene

Neben der bereits bestehenden Struktur von Bildungshäusern und Bildungszentren sollen im Sinne eines regionalen Verbundes kooperative und multifunktionale Bildungszentren weiterentwickelt werden, die ganztätig und ganzjährig für soziale Lernphasen offen stehen.

Kostenlose (Weiter-)Bildungsinformation und -beratung für alle

Aufbau eines flächendeckenden, leicht zugänglichen und gebührenfreien Systems der (Weiter-)Bildungsinformation und -beratung durch Vernetzung und Ergänzung bestehender Einrichtungen.

Bessere Koordination der Erwachsenenbildungs-Politik

Einrichtung eines bundesweit geeigneten Steuerungsinstrumentes, um in Abstimmung mit den Ländern Erwachsenenbildung unter Berücksichtigung von Zertifizierung und Qualitätskontrolle zu fördern. Zur besseren Koordination des staatlichen Handelns in der Erwachsenenbildung sind dort organisatorische und wenn notwendig auch gesetzliche Änderungen vorzubereiten.

Schwerpunktprogramme für Computer und Fremdsprachen

Der Gebrauch von Computer und Internet und die Beherrschung von mindestens einer Fremdsprache gehören immer mehr zum beruflichen und privaten Alltag. Erwachsene mit diesen neuen Kulturtechniken vertraut zu machen, muss ein vorrangiges Ziel verantwortungsvoller Bildungspolitik sein. Auch sollten alle Möglichkeiten des kostengünstigen und flexibel einsetzbaren Fernunterrichts für Erwachsene – unter Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – verstärkt ausgebaut werden.

Schwerpunktprogramme zur demokratiepolitischen Bildung

Verstärkte Förderung von persönlichkeitsbildenden Maßnahmen und Bildungsprozessen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit. Lernfelder für politische Sprach- und Aktionsfähigkeit, zur Aneignung demokratischer Kultur, argumentativer Auseinandersetzung und konstruktiver Konfliktaustragung sind ein wichtiges demokratiepolitisches Instrument.

Wissenschaft und Forschung

Der Ausbau der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Weiterbildung (angewandte Forschung und Grundlagenforschung) sowie der Dokumentation ist eine Grundlage für eine wirkungsvolle Umsetzung des Konzepts zum Lebensbegleitenden Lernen.

Wien, 3. Mai 2001

Verbände der KEBÖ: Arbeitsgemeinschaft der Bildungshäuser Österreich · Berufsförderungsinstitut · Bücherverband Österreichs · Forum Kath. Erwachsenenbildung in Österreich · Ländliches Fortbildungsinstitut · Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft · Ring Österreichischer Bildungswerke · Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung · Verband Österreichischer Volkshochschulen · WIFI der Wirtschaftskammer Österreich.